



Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,

Ralph Brinkhaus ist von der CDU/CSU-Bundestagsfraktion zum neuen Vorsitzenden gewählt worden. Er verdient unsere volle Unterstützung, damit wir gemeinsam wichtige Themen voranbringen und eine neue Dynamik entfachen. Der Dank der Fraktion gilt Volker Kauder, der in 13 Jahren an der Spitze Großes geleistet hat.

Die Koalition will und muss liefern. In den ersten Monaten haben wir bereits einiges erreicht. Das Erreichte darf aber nicht immer wieder von unnötigen Diskussionen überlagert werden. Noch stärker müssen wir uns in der Regierungskoalition dafür den Themen zuwenden, die die Menschen wirklich bewegen.

Bezahlbarer Wohnraum ist dabei eine zentrale Frage für die Zukunft unseres Landes. Als Bundestagsabgeordnete für Hannover liegen mir bezahlbare Mieten in Städten besonders am Herzen. 1,5 Millionen neue Wohnungen sollen bis 2021 gebaut werden. Deshalb fand in der vergangenen Woche ein Treffen im Kanzleramt statt. Beschlossen wurde eine ganze Bandbreite von Maßnahmen: Der Bund stellt den Kommunen in Zukunft mehr Grundstücke zur Verfügung, wir investieren fünf Milliarden in den sozialen Wohnungsbau, erhöhen das Wohngeld und erleichtern die Bedingungen für Investoren. Familien helfen wir zusätzlich durch das bereits eingeführte Baukindergeld.

Ein wichtiges Anliegen von CDU und CSU ist die Stärkung von Familien. Im Kabinett haben wir in der letzten Woche das „Gute-Kita-Gesetz“ beschlossen, mit dem die Qualität der Kinderbetreuung gesteigert wird. Jedes Kind muss die gleichen Chancen auf gute Bildung haben. Dafür entlasten wir die Eltern bei den Kita-Gebühren.

Drängende Zukunftsthemen standen auch im Bundestag auf der Tagesordnung. Die bessere Ausstattung der Schulen, die Stärkung des sozialen Wohnungsbaus und der Ausbau der Verkehrsinfrastruktur sind Ziele der Koalition. Die Finanzierungen seitens des Bundes sind allerdings nur mit Grundgesetzänderungen möglich, da sie in die Aufgabenbereiche der Länder fallen. Hierzu fanden erste Beratungen statt.

Nach einem Waffentest der Bundeswehr ist es im Emsland zu einem Moorbrand gekommen. Am Wochenende bin ich vor Ort gewesen, um mit den betroffenen Anwohnern zu sprechen und im Namen der Bundeswehr um Entschuldigung zu bitten. Wir haben als Bundeswehr ohne Zweifel viel wiedergutzumachen. Es wird genau geprüft, ob die Tests nach einem sehr trockenen Sommer hätten stattfinden müssen. Ich habe die Gelegenheit auch genutzt, um mich persönlich bei den Einsatzkräften für ihre Arbeit zu bedanken.

Mit herzlichen Grüßen aus Berlin



## **Sitzungen des Deutschen Bundestages vom 24. bis 28. September 2018**

### **Stand der Deutschen Einheit 2018**

Das Plenum debattierte über den Bericht zum Stand der Deutschen Einheit und aktuell noch bestehende Herausforderungen. Zentrale Aspekte sind regionale Strukturschwächen, die Stärkung des Mittelstandes und der Forschungslandschaft.

### **Gesetz zur Stärkung des Pflegepersonals**

In erster Lesung wurde eine Initiative zur Stärkung des Pflegepersonals beraten. Für den Krankenhausbereich soll künftig jede zusätzliche und aufgestockte Pflegestelle finanziert werden. Gleichzeitig sollen künftige Tarifsteigerungen refinanziert und eine Pflegepersonalkostenvergütung eingeführt werden. Darüber hinaus sieht der Entwurf die Ausbildungsfinanzierung von Gesundheitsfachberufen in Krankenhäusern vor. Im Bereich der Altenpflege sind 13.000 neue Stellen vorgesehen. Ebenso geplant sind Maßnahmen zur besseren Vereinbarkeit von Pflege, Beruf und Familie.

### **Entlastung von Versicherten**

Das Plenum diskutierte die paritätische Finanzierung des Zusatzbeitrages in der gesetzlichen Krankenversicherung. Ab dem 1. Januar 2019 wird der Beitrag zur Krankenversicherung damit wieder zu gleichen Teilen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gezahlt. Dadurch müssen Arbeitnehmer monatlich bis zu 38 Euro weniger zahlen.

### **Änderung des Asylgesetzes**

Ein Gesetzesentwurf, der künftig Schutzsuchende zur Mitwirkung in Widerrufs- und Rücknahmeverfahren verpflichtet, stand auf der Tagesordnung. Bisher existierten diese Pflichten nur im ursprünglichen Antragsverfahren. Wird diese Mitwirkungspflicht verletzt, wird das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge entweder Verwaltungszwang ausüben oder nach Aktenlage entscheiden. Das

Gesetz trägt dazu bei, Widerrufs- und Rücknahmeverfahren effektiver zu bearbeiten.

### **Bundesfernstraßenmautgesetz**

Beraten wurde der Gesetzesentwurf zur Anpassung der Lkw-Mautsätze. Der Gesetzesentwurf beinhaltet eine Mautbefreiung für Elektro-LKWs. Die Mautsätze sollen dazu beitragen, Anreize für leisere, umweltfreundliche LKWs zu schaffen.

### **Gesetz zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden**

Das Gesetz zum Vertrag zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Zentralrat der Juden wurde debattiert. Es sieht vor, die jährliche Staatsleistung von zehn auf dreizehn Millionen Euro zu erhöhen. Die Anhebung der Staatsleistung erfolgt aufgrund der Neuausrichtung der Erinnerungsarbeit und des Engagements gegen den Antisemitismus.

### **Änderung des Grundgesetzes**

Die erste Debatte über mehrere Grundgesetzänderungen stand auf der Agenda. Mit Verabschiedung des Art. 104d GG wird dem Bund die Möglichkeit eröffnet, den Ländern dauerhaft Finanzhilfen für Investitionen im Bereich des sozialen Wohnungsbaus zu gewähren. Artikel 125c GG ermöglicht Bundeshilfen im Bereich des Verkehrs.

### **Einführung einer Brückenteilzeit**

Der Bundestag erörterte den Gesetzesentwurf zur Einführung einer zeitlich begrenzten Teilzeitarbeit (Brückenteilzeit). Unter Voraussetzungen, wie einer Betriebsgröße von mehr als 45 Beschäftigten und einer Betriebsangehörigkeit von mehr als sechs Monaten, können Arbeitnehmer in Zukunft verlangen, dass ihre vertraglich vereinbarte Arbeitszeit für einen bestimmten Zeitraum verringert wird.

### Schnellere Planungs- und Genehmigungsverfahren

Die Beschleunigung von Planungs- und Genehmigungsverfahren im Verkehrsbereich ist ein Ziel der Koalition. Wichtige Vorhaben können dann schneller umgesetzt werden. Unter bestimmten Bedingungen können Bauvorhabenträger künftig bereits vor Erteilung der Genehmigung mit vorbereitenden Maßnahmen beginnen.

### Aus dem Ministerium



Im Gespräch mit deutschen Soldaten im Irak

Vom 15. bis zum 18. September habe ich unsere Soldatinnen und Soldaten im Irak sowie Jordanien besucht. Die Truppe hat im Irak durch unermüdlichen Einsatz dazu beigetragen, den IS zurückzudrängen. In beiden Ländern habe ich mich in vielen Gesprächen nach der aktuellen Situation erkundigt. Die irakische Armee wird in einem Pilotprojekt in der Abwehr atomarer, biologischer und chemischer Stoffe ausgebildet. Das ist ein unverzichtbarer Beitrag zur dauerhaften Stabilisierung und Eigenständigkeit des Landes. Dafür gebührt unseren Soldatinnen und Soldaten mein herzlicher Dank.



Verabschiedung von Generalleutnant Warnecke

#### Bildrechtenachweis:

Jan Kopetzky; CDU/CSU-Bundestagsfraktion; CDU-Landesgruppe Niedersachsen/ Arnim Linnartz; Deutscher Bundestag/Achim Melde; Deutscher Bundestag/Thomas Imo/photothek; Bundespresseamt; Bundeswehr: Thorsten Kraat; Bundeswehr; Bundeswehr: Uwe Grauwinkel

#### Impressum:

Dr. Ursula von der Leyen, MdB  
 Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
[www.ursula-von-der-leyen.de](http://www.ursula-von-der-leyen.de)